

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst ist ein tragendes Element im Gefüge eines modernen Staates. Zur Absicherung seiner Leistungsfähigkeit ist er auf die Gewinnung qualifizierten Personals angewiesen. Der öffentliche Dienst kann seine anspruchsvollen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger nur mit leistungsbereiten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfüllen. Wichtige Erfolgsfaktoren in diesem Zusammenhang sind wettbewerbsfähige Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen sowie attraktive berufliche Perspektiven. Das gilt erst recht angesichts der demographischen Entwicklung. Ebenfalls zu untersuchen ist die Frage, welchen Einfluss das Image des öffentlichen Dienstes auf die Personal- und Nachwuchsgewinnung hat.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie stellt sich im Beamtenbereich des Bundes in den jeweiligen Laufbahngruppen, Laufbahnen und Sonderlaufbahnen aktuell die Bewerberlage dar (erbeten wird Aufstellung über die Zahl der unbesetzten Stellen, die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die Eignung und Befähigung der Bewerberinnen und Bewerber und die Dauer der Besetzungsverfahren sowie möglicher Vakanzen)?
2. Wie stellt sich die Entwicklung der Bewerberlage in der Zeit von 2002 bis 2007 dar (Aufstellung erbeten wie in Frage 1)?

3. Wie stellt sich im Tarifbereich des Bundes in den jeweiligen Entgeltgruppen und in den jeweiligen Sparten des Tarifvertrags sowie in den jeweiligen Personalbereichen die aktuelle Bewerberlage dar (Aufstellung erbeten wie in Frage 1)?
4. Wie stellt sich die Entwicklung der Bewerberlage in der Zeit von 2002 bis 2007 dar (Aufstellung erbeten wie in Frage 1)?
5. In welchen Fachbereichen der Bundesverwaltung (Techniker, IT-Fachleute, Ärzte usw.) kam bzw. kommt es zu Engpässen bei der Personalgewinnung?
6. Wurden in der Vergangenheit oder werden derzeit zur Deckung des Personalbedarfs in der Bundesverwaltung Aushilfskräfte beschäftigt?
7. Wenn ja, wie viele, und in welchen Bereichen der Verwaltung?
8. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung aufgrund besserer Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen außerhalb des öffentlichen Dienstes aus ihrem Verhältnis als Beamtinnen oder Beamte bzw. Tarifbeschäftigte ausgeschieden sind (bitte Unterscheidung nach einfachem, mittlerem, gehobenem und höherem Dienst bzw. vergleichbaren Funktionsebenen im Tarifbereich)?
9. Hat die Bundesregierung die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bewerberlage untersucht?
10. Wenn nein, warum nicht?
11. Wenn ja, wie wird sich angesichts des demographischen Wandels die Bewerberlage in fünf, zehn und zwanzig Jahren voraussichtlich darstellen?
12. Untersucht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen der zu erwartenden Ruhestands- bzw. Renteneintrittsfälle auf die Nach- bzw. Neubesetzung von Stellen?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Wenn ja, wie wird sich diese Entwicklung in fünf, zehn und zwanzig Jahren voraussichtlich darstellen?
15. Wie stellt sich die Bewerberlage bei der neu errichteten Bundesanstalt für Digitalfunk in den jeweiligen Laufbahngruppen und Laufbahnen bzw. Funktionsebenen und Personalbereichen dar?
16. Stellt die Bundesregierung Einkommensvergleiche mit der gewerblichen Wirtschaft an?
17. Wenn nein, warum nicht?
18. Wenn ja, wie stellt sich aktuell das Verhältnis der Einkommen der Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten des Bundes zu dem vergleichbarer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft dar, aufgeschlüsselt nach Laufbahngruppen und Laufbahnen bzw. Funktionsebenen und Personalbereichen?
19. Wie haben sich die Einkommensverhältnisse zwischen öffentlichem Dienst und gewerblicher Wirtschaft seit 2002 entwickelt?
20. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Motive bei Bewerbern, die sich für die Aufnahme einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst entscheiden, ausschlaggebend sind, und wenn ja, welche Faktoren spielen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle?
21. Welchen Einfluss hat das Ansehen des öffentlichen Dienstes auf die Bewerberlage?

22. Was unternimmt die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer aktuellen Forsa-Umfrage, wonach 61 Prozent der Befragten negative Assoziationen mit dem Berufsbeamtentum verbinden, um das öffentliche Ansehen des Berufsbeamtentums und des öffentlichen Dienstes insgesamt zu verbessern?
23. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen?
24. Welche Maßnahmen hat sie in der Vergangenheit ergriffen?
25. Welches Leitbild von einem modernen öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung, und wie kommuniziert sie dieses?
26. Gibt es im Bereich der Bundesverwaltung ein Personalgewinnungskonzept?
27. Wenn ja, welche Leitlinien liegen ihm zugrunde?
28. Wenn nein, plant die Bundesregierung, ein Personalgewinnungskonzept zu entwickeln, und wann ist hiermit zu rechnen?

Berlin, den 20. Februar 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

